



Factsheet

Rüstungskonversion September/2020

1. Was ist Konversion?

(lat. Conversio; Umkehrung, Umwandlung, Übertritt,)

Im militärischen Bereich beschreibt Konversion die Umwandlung von militärischer in zivile Nutzung. Zu unterscheiden ist die Umnutzung v.a. von Flächen, Gebäuden und Anlagen (Liegenschaftskonversion) und die Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile Produkte, Dienstleistungen und Knowhow (Rüstungskonversion). Die Umstellung der Forschung und Entwicklung kann innerhalb der Unternehmen selbst, an Hochschulen sowie in Forschungseinrichtungen und sog. Denkfabriken stattfinden (Wissenskonversion).

2. Warum Rüstungskonversion?

Die deutsche Rüstungsindustrie produziert nur einen kleinen Teil ihrer Güter für die Bundeswehr. Der größte Teil der jährlich hergestellten Kriegswaffen und sogenannten sonstigen Rüstungsgüter werden exportiert. Die Hauptempfängerländer in den vergangenen zehn Jahren waren nicht etwa EU-, NATO- und NATO gleichgestellte Länder, sondern sogenannte Drittländer, die z.T. die Menschenrechte missachten, Kriege führen oder in Krisengebieten liegen. Doch auch NATO-Staaten wie die Türkei sind keine unproblematischen Empfänger. Um Menschenleben zu schützen, Friedenspolitik glaubhaft zu machen und gewaltfreie Konfliktlösungen zu fördern müssen die Rüstungsexporte stark eingeschränkt werden. Durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz sollen Rüstungsexporte nur noch in begründeten Ausnahmen genehmigt werden können. Daraus folgt, dass die Rüstungsproduktion reduziert werden muss. Denn die Bundeswehr soll und kann nicht alle Rüstungsgüter abnehmen, die bei gleichbleibender Produktion im Land verbleiben müssen. Da gleichzeitig aber die Arbeitsplätze, das Knowhow und technologische Fähigkeiten erhalten bleiben sollen, muss die Produktion von militärischen Gütern auf zivile Produkte umgestellt werden, also Rüstungskonversion stattfinden.

3. Wen betrifft das? Zahlen und Fakten!

Rüstungsexporte haben an den gesamten deutschen Ausfuhren einen Anteil von weniger als 0,3 Prozent. Laut einer Studie der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung von 2015 sind in Deutschland ca. 90.000 - 100.000 direkte Arbeitsplätze bei Systemanbietern und Zulieferunternehmen von Aufträgen der Bundeswehr und vom Rüstungsexport abhängig. Dabei vereinen die sechs größten Unternehmen (der ca. 300 - 400 Unternehmen in diesem Markt) über 30.000 Beschäftigte auf sich. Laut Zahlen des Wirtschaftsministerium¹ von 2015 gelten zusätzlich 45.000 - 65.000 als indirekt Beschäftigte in der Branche.

Schätzungsweise weniger als die Hälfte der in Deutschland vorhandenen Produktionskapazitäten werden für den nationalen Bedarf benötigt, d.h. mind. 50.000 Arbeitsplätze sind direkt vom Export abhängig. Die Rüstungsindustrie ist regional je nach Branche (Luft- und Raumfahrt, Heerestechnik, Marineschiffbau) unterschiedlich konzentriert (in Bayern, Baden-Württemberg, bei Kassel, an der norddeutschen Küste). Entsprechend sind einzelne Regionen oder Städte wirtschaftlich stark von Aufträgen aus dem Ausland abhängig.²

¹ Deutscher Bundestag, Drs. 19/3859, 16.08.2018

² Weingarten, Wilke, Wulf (2015): Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Deutschland, IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Study, Nr. 309, S. 10

4. Beispiele aus der Geschichte

„Lucas-Plan“: Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre drohten bei der britischen Firma „Lucas Aerospace“ aufgrund von Auftragsrückgängen Massenentlassungen. Gewerkschaftsmitglieder und Mitarbeiter*innen forderten nicht nur Weiterbeschäftigung, sondern auch die Entwicklung eines alternativen Geschäftsplans. Es entstand die Idee, „sozial sinnvolle Produktion“ in den Mittelpunkt der Konversionsdebatte zu stellen, in Kombination mit greifbaren Vorschlägen für 150 verschiedene „alternative“ Produkte, die in betrieblichen Workshops und in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern entstanden waren. Der Plan wurde vom Management des Unternehmens zwar komplett abgelehnt, hatte jedoch nachhaltigen Einfluss auf die politische und öffentliche Debatte.³

Arbeitskreise „Alternative Produktion“: In Deutschland wurde in den 70er Jahren innerhalb der IG Metall der Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“ gegründet, der sich kritisch mit der Rüstungsexportpolitik auseinandersetzte. 1981 entstanden bei Blohm & Voss in Hamburg und MaK in Kiel betriebliche Arbeitskreise „Alternative Produktion“, die z.T. Produktvorschläge bis hin zum Prototypenbau vorantrieben. Weitere Arbeitskreise folgten u.a. bei HDW in Kiel und Airbus in Hamburg sowie bei Grundig in Nürnberg.⁴

Ende des Kalten Krieges:

USA: „In den 1990er Jahren setzte die US-Regierung während der Präsidentschaft Clintons bewusst auf die Unterstützung des Konversionsprozesses in Rüstungsunternehmen durch ein Office of Economic Adjustment (Büro für wirtschaftliche Anpassung). Diese Bundesbehörde förderte Rüstungsbetriebe (wie beispielsweise Boeing, die eine Sparte für Straßenbahnwagen aufbaute) nicht nur finanziell, sondern auch beratend.“⁵

Europa – „KONVER“: Die Europäische Union legte ein Hilfsprogramm über 950 Mio. DM namens KONVER auf, bei dem, betroffene Staaten für wirtschaftlich stark von der Rüstung abhängige Regionen zwischen 1994 und 1999 Mittel abrufen konnten.

Bremen: In Deutschland war die am stärksten auf Industriekonversion ausgerichteten Region Bremen. Denn Bremen war aufgrund seiner starken Schiffbautradition besonders im Marinebereich ein Zentrum der Rüstungsindustrie in Norddeutschland. Das Bremer Konversionsprogramm wurde zu weiten Teilen aus den europäischen KONVER-Mitteln finanziert. „Es wurde ein Wirtschaftsstrukturpolitisches Aktionsprogramm (WAP) aufgelegt, in das 1992 auch das Konversionsprogramm als Teilelement aufgenommen wurde. Wesentlicher Teil des Programms war die Schaffung institutioneller Beteiligungsstrukturen. Es wurde ein regionales Beratungskomitee („Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm“) gebildet, um die Umsetzung des Programms zu begleiten und ein Konversionsbeauftragter ernannt, der eine ressort-übergreifende Steuerungsgruppe leitete. Zusätzlich wurden betriebliche Konversionsrunden angeregt und eine Förderung von Verbund-Konversionsprojekten (gemeinsam mit anderen Unternehmen bzw. mit regionalen Forschungsinstituten) angestoßen.

Insgesamt wurden über das Konversionsprogramm in Bremen innerhalb von zehn Jahren ca. 25 Mio. Euro ausgegeben und über 60 betriebliche Konversionsprojekte und mehr als ein Dutzend konversionsrelevante Infrastrukturprojekte gefördert.“⁶

[Weitere konkrete Konversionsprojekte in Deutschland waren u.a. Litef in Freiburg, MaK und HDW in Kiel, Nordseewerke in Emden⁷]

5. Zusätzliche Option – Diversifikation

Diversifikation bedeutet, dass das bestehende zivile Produktsortiment ausgeweitet wird und neue Produkte für den zivilen Markt entwickelt werden. Diversifikation kann dabei in drei Formen stattfinden: Intern, d.h. das Unternehmen entwickelt eigenständig neue zivile Produkte; Kooperation, d.h. in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen werden neue Produkte entwickelt; Übernahme: ein Unternehmen und dessen Produkte oder Technologie werden hinzugekauft.⁸

Als problematisch gilt bei Diversifikation, dass sich Unternehmen am dem Markt orientieren, der die meisten Gewinne verspricht. „Werden z.B. mehr Motoren für Traktoren nachgefragt, werden diese produziert, werden erneut mehr Motoren für Panzer nachgefragt, werden diese produziert.“⁹

³ Weingarten, Wilke, Wulf (2015): Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Deutschland, IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Study, Nr. 309, S. 188ff

⁴ Ebd., S. 190

⁵ <http://www.wulf-herbert.de/BICC-Kommentar.pdf>

⁶ Weingarten, Wilke, Wulf (2015): Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Deutschland, IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Study, Nr. 309, S. 194

⁷ Ebd., S. 195ff

⁸ Ebd., S. 179

⁹ Seifert, Andreas: Strukturwandel nutzen, IMI-Analyse 2017/01 <https://www.imi-online.de/2017/01/09/strukturwandel-nutzen/>

„Innovationsprogramm DIVERS“

Zwischen 2015 - 2018 legte das Bundeswirtschaftsministerium das Innovationsprogramm zur „Unterstützung von Diversifizierungsstrategien von Unternehmen der Verteidigungsindustrie in zivile Sicherheitstechnologien (DIVERS)“ in Höhe von rund 25 Mio. Euro auf. 2019 wurde das Programm aufgrund mangelnder Nachfrage eingestellt. Nur ein Projekt wurde gefördert. „Eine ausschließlich zivile Nutzbarkeit [war] kein Kriterium für die Vergabe einer Projektförderung im Förderprogramm „DIVERS“.“ Laut Bundesregierung gab es bis 2018 keine über das Programm „DIVERS“ hinausgehenden Überlegungen, Planungspapiere oder Mitteleinstellungen hinsichtlich einer Konversion der Rüstungsindustrie“ und ebenso wenig wurde Forschung zu Rüstungskonversion gefördert. Neue Pläne seitdem sind nicht bekannt.

6. Wie nicht! Grenzsicherung durch Rüstungsunternehmen

Der Schwerpunkt von Konversion oder Diversifikation auf Entwicklung und Produktion von nicht-militärischen Sicherheitssystemen ist vor allem dann kritisch zu betrachten, wenn z.B. militärische Technologien in der „zivilen“ Grenzüberwachung eingesetzt werden. So hat beispielsweise Airbus ein komplettes Grenzsicherungssystem an Saudi-Arabien geliefert. Würde Rüstungskonversion so verstanden und gestaltet, verdienten Rüstungsunternehmen doppelt am Leid von Menschen – einmal durch die gelieferten Waffen und dann mit der Sicherung von Grenzen, die von Schutzsuchenden und vor Krieg fliehenden Menschen „geschützt“ werden sollen.

7. Notwendige Rahmenbedingungen

Die IG Metall und die Hans-Böckler-Stiftung schlagen in ihrer Studie von 2015 u.a. vor, möglichst klare Vorgaben zu machen bei der Rüstungs- und Beschaffungspolitik als Orientierungsrahmen für die Unternehmen [zur Kapazitätsplanung], betriebliche Konversionsansätze durch Beratung von betrieblichen Akteuren bei Produktentwicklung und Markterschließung zu flankieren und zu unterstützen, Anreize zu schaffen für Diversifikationsbemühungen durch finanzielle Förderung Erfolg versprechender regionaler und betrieblicher Projekte (vor allem dann, wenn sie von beiden Betriebsparteien gemeinsam getragen werden) sowie eine gewerkschaftliche Unterstützung betrieblicher Initiativen durch Fortbildungs- und Beratungsangebote.¹⁰

Die Erfahrungen aus der Geschichte haben vor allem gezeigt, dass von regionalen Strukturen abhängige Konversions- und Diversifikationsstrategien in Zusammenarbeit mit den Angestellten und Gewerkschaften entwickelt werden müssen und Förderprogramme langfristig finanziell gesichert und institutionell begleitet werden müssen. Forschung und Entwicklung an Hochschulen und Universitäten sowie Forschungseinrichtungen zu Rüstungskonversion und -diversifikation muss finanziell gefördert werden. Zudem muss der zivile Nutzen von Diversifikationsprogramms und sollte der soziale und nachhaltige Mehrwert Bedingung jeder Konversionsförderung sein.

8. Nicht zu vergessen - „Konversion beginnt mit einer friedlichen Politik“¹¹.

Es müssen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Bedingungen geschaffen werden, damit Konversion funktionieren kann. Das heißt, Frieden, friedliche Konfliktlösungen und Abrüstung (national und international) müssen massiv vorangetrieben, damit der Bedarf nach Rüstungsgütern und in der Folge deren Produktion stetig abnimmt.

9. Weitere Initiativen gegen Militarisierung und für zivile Nutzung

Neben lokal verankerten Konversionsinitiativen, wie der „Initiative Thüringer Rüstungskonversionsfonds“ und der „Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“ gibt es den bundesweiten „AK Rüstungskonversion“ sowie die Initiativen „Ziviler Betrieb“, „Schule ohne Bundeswehr“ und die „Zivilklausel“, die Universitäts- und Hochschulforschung der zivilen Forschung verpflichten soll.

¹⁰ Ebd., S. 195ff

¹¹ Seifert, Andreas: Strukturwandel nutzen, IMI-Analyse 2017/01 <https://www.imi-online.de/2017/01/09/strukturwandel-nutzen/>

Kontakt

Susanne Weipert
Referentin und Koordinatorin
„Aktion-Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“
Feldstraße 4 . 13355 Berlin
030/200767813 . s.weipert@paxchristi.de

